

6. Geschäftsbericht Regierungsrat 2022

Antrag des Regierungsrates vom 5. April 2023 und die Anträge der Finanzkommission und der Geschäftsprüfungskommission vom 22. Juni 2023 und der Justizkommission vom 13. Juni 2023

Vorlage 5897a

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Gemäss Paragraf 89 des Kantonsratsgesetzes ist Eintreten auf diese Vorlage obligatorisch und damit findet keine Schlussabstimmung statt. Bei Geschäftsberichten wird einzeln über die relevanten Dispositiva abgestimmt.

Ich schlage Ihnen folgendes Beratungsprozedere vor: Wir führen zuerst die Grundsatzdebatte zum Geschäftsbericht, bei welchem zuerst die Präsidenten der GPK (*Geschäftsprüfungskommission*) und der JUKO (*Justizkommission*) sprechen. Daraufhin haben die Mitglieder der GPK und der JUKO das Wort, danach ist das Wort frei. Anschliessend ist das Wort frei für die Mitglieder des Regierungsrates. Danach führen wir die Grundsatzdebatte zur Rechnung, bei welcher zuerst der Präsident der FIKO (*Finanzkommission*) spricht und anschliessend die Mitglieder der FIKO das Wort haben, worauf dann das Wort auch wiederum frei ist. Anschliessend ist das Wort frei für die Mitglieder des Regierungsrates.

Danach führen wir die Detailberatung zu Ziffer römisch I. Die Behandlung gliedert sich dabei nach dem Kapitelverzeichnis im Geschäftsbericht.

Jean-Philippe Pinto (Die Mitte, Volketswil), Präsident der Geschäftsprüfungskommission (GPK): Der Geschäftsbericht des Regierungsrates besteht bekanntlich aus drei Teilen, dem Bericht des Regierungsrates, dem Bericht der Direktionen und der Staatskanzlei sowie dem Finanzbericht, einschliesslich der Rechnung des Kantons für das Jahr 2022. Zu Letzterem äussern sich anschliessend die Vertreterinnen und Vertreter der Finanzkommission.

Die Geschäftsprüfungskommission GPK überprüft im Zusammenhang mit dem Geschäftsbericht hauptsächlich die Berichterstattung des Regierungsrates, der Direktionen und der Staatskanzlei über deren Tätigkeit im vergangenen Jahr. Eine sachliche Würdigung des Regierungs- und Verwaltungshandelns steht dabei nicht im Vordergrund. Diese nimmt die GPK, nach Sachthemen gegliedert, im Rahmen ihres jährlichen, im Kantonsrat jeweils im März separat behandelten Tätigkeitsberichts vor. Beim Geschäftsbericht überprüft die GPK einerseits die Strukturierung und die Verständlichkeit der Berichterstattung. Andererseits erwägt sie, wie der Regierungsrat über die wichtigsten Ereignisse des vergangenen Jahres berichtet und ob ein angemessenes Lagebild des Kantons vermittelt wird. Ein besonderes Augenmerk legt die GPK jeweils auch auf die Berichterstattung zu internen Kontrollsystemen sowie zum Risikomanagement des Kantons. Zudem überprüft sie die Berichterstattung zu den Legislaturzielen und den dazugehörigen Massnahmen.

Aus Sicht der GPK entspricht der Geschäftsbericht einem zeitgemässen Rechenschaftsbericht. Der Bericht zu den Direktionen und zur Staatskanzlei ist auf den Bericht des Regierungsrates abgestimmt, strukturiert aufgebaut und dadurch sehr übersichtlich, und er handelt alle Legislaturziele und Legislaturziel-Massnahmen systematisch ab. Wie in den Vorjahren bemängelt die GPK jedoch die Berichterstattung zu internen Kontrollsystemen und zum Risikomanagement. Dazu gibt es im Geschäftsbericht weiterhin nur wenige Hinweise. Im zweiten Teil zu den Direktionen und der Staatskanzlei wird nun immerhin das aufgrund der Corona-Pandemie erarbeitete integrale Risikomanagement erwähnt. Der Regierungsrat hat hierfür im Juli 2022 die Grundsätze festgelegt und die Staatskanzlei beauftragt, gemeinsam mit der Sicherheitsdirektion und der Finanzdirektion eine Ergänzung der Verordnung über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung, VOGRR, vorzubereiten.

Zudem wird im Geschäftsbericht an verschiedenen Stellen auf die zunehmenden Risiken durch Cyberangriffe hingewiesen. Im vergangenen Geschäftsjahr befasste sich der Regierungsrat vertieft mit diesem Thema und setzte eine kantonale Cybersicherheits-Strategie in Kraft.

Die GPK hat sich zusammen mit der FIKO in der gemeinsamen Subkommission IKT und digitale Verwaltung unter anderem mit dieser Thematik befasst, aber wird das Thema auch in der laufenden Legislatur aus Sicht der Oberaufsicht weiter genau verfolgen. Auch wartet die GPK gespannt auf den Bericht des Regierungsrates über seine Strategie zu den bedeutenden Beteiligungen des Kantons, worin der Regierungsrat gemäss Paragraf 95 Absatz 3 des Kantonsratsgesetzes bis zum Ende des ersten Amtsjahres der neuen Legislatur seine Beteiligungsstrategie darzulegen hat. Nach Vorliegen dieser Beteiligungsstrategie wird sich die GPK in Abstimmung mit den anderen Aufsichtskommissionen vertiefter auch mit dieser Thematik befassen.

Nun zu den Legislaturzielen des Regierungsrates in der abgelaufenen Legislatur 2019 bis 2023: Die GPK formulierte in vergangenen Jahren verschiedene Kritikpunkte zur Berichterstattung des Regierungsrates, zu dessen Zielen und den entsprechenden Massnahmen. Sie nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, dass sich der Regierungsrat und die Staatskanzlei, die den Geschäftsbericht des Regierungsrates jeweils vorbereitet, intensiv mit den Empfehlungen der GPK auseinandergesetzt und verschiedene Punkte aufgenommen haben. Insbesondere erfolgte in der abgelaufenen Legislatur die Geschäftsberichterstattung zum letzten Amtsjahr sowie zur Legislatur als Ganzes nun in separaten Berichten, wie es die GPK zu Legislaturbeginn angeregt hatte. Weiterhin unbefriedigend ist für die GPK die Berichterstattung des Regierungsrates zu den Massnahmen zur Umsetzung der Legislaturziele. Die Massnahmen werden im Geschäftsbericht dann als planmässig bezeichnet, wenn deren Umsetzung bis Legislaturende nicht als gefährdet oder gar unmöglich erscheint. Dass eine Massnahme frühzeitig, das heisst vor Ablauf der Legislaturperiode als abgeschlossen ausgewiesen wird, kommt äusserst selten vor. Am Legislaturende werden dann die allermeisten Massnahmen als «abgeschlossen» bezeichnet. Massnahmenverzögerungen werden nur in Ausnahmefällen thematisiert. Aus Sicht der GPK ist es dem Kantonsrat dadurch kaum möglich,

den tatsächlichen Massnahmenverlauf über die Legislatur hinweg angemessen zu verfolgen. Dass mit wenigen Ausnahmen alle Massnahmen am Legislaturende als abgeschlossen gelten und die Legislaturziele überwiegend als «erreicht» bezeichnet werden, wirft aus Sicht der GPK zudem die grundsätzliche Frage auf, wie ambitiös einzelne Legislaturziele und deren Massnahmen überhaupt sind.

Positiv wiederum ist aus Sicht der GPK, dass der Regierungsrat, wie schon im Vorjahr, in einem separaten Kapitel über die Umsetzung der Massnahmen zur Bekämpfung der Corona-Krise berichtet. Zumindest in der ersten Jahreshälfte 2022 war Corona bekanntlich noch sehr präsent, auch in der Geschäftstätigkeit des Regierungsrates und der Verwaltung. Der Regierungsrat hat aufgrund der Erfahrungen mit der ausserordentlichen Lage im Jahr 2020 eine Reihe von Massnahmen ergriffen, die aufgrund von Empfehlungen einer externen Evaluation sowie der Untersuchung einer Subkommission von GPK und FIKO ergriffen wurden. Die GPK hat die Umsetzung dieser Empfehlungen aus Sicht der Oberaufsicht verfolgt und wird einzelne Aspekte allenfalls zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufnehmen.

Mit der jährlichen Geschäftsberichterstattung hat der Regierungsrat auch die Möglichkeit, dem Kantonsrat einen begründeten Antrag auf Abschreibung von überwiesenen Motionen und Postulaten zu stellen, Paragraph 45 Absatz 3 und Paragraph 54 Absatz 3 KRG (*Kantonsratsgesetz*). Der Regierungsrat macht in diesem Jahr von dieser Möglichkeit bei zwei Motionen Gebrauch. Es handelt sich um die Motion Kantonsratsnummer 335/2021 betreffend «Der Schulweg ist ein Erlebnis» und die Motion Kantonsratsnummer 227/2018 betreffend «Klimaschutz – Förderung von grossen Solaranlagen». Aus Sicht des Regierungsrates können diese beiden Motionen als erledigt abgeschrieben werden.

Abschliessend möchte ich die Gelegenheit nutzen, im Namen der GPK dem Regierungsrat sowie den Direktionen und der Staatskanzlei für die gute Zusammenarbeit zu danken. Ziel der parlamentarischen Oberaufsicht ist es, durch ihre Arbeit zu einem guten Funktionieren der staatlichen Institutionen beizutragen und damit das Vertrauen in die Arbeit von Regierung und Verwaltung zu stärken. Hierfür ist die GPK auf eine gute Zusammenarbeit mit dem Regierungsrat und der Verwaltung angewiesen, worauf die GPK auch im vergangenen Jahr zählen konnte.

Die GPK beantragt Ihnen einstimmig, den Geschäftsbericht des Regierungsrates für das Jahr 2022 zu genehmigen. Gleichzeitig beantragen wir Ihnen, dem Antrag auf Abschreibung der beiden erwähnten Motionen zuzustimmen. Die Mitte folgt diesen Anträgen. Besten Dank.

Tobias Mani (EVP, Wädenswil), Präsident der Justizkommission (JUKO): Vorweg – und da kann ich mich gleich meinem Vorredner anschliessen –, auch die Justizkommission beantragt die Genehmigung des Geschäftsberichts des Regierungsrates für das Jahr 2022 im Bereich «Strafverfolgung Erwachsene und Jugendstrafrechtspflege». Im Namen der Justizkommission möchte ich auf einige ausgewählte Aspekte der Strafverfolgung im vergangenen Jahr eingehen. Am Nachmittag sind dann die Rechenschaftsberichte der drei obersten Gerichte auf

der Traktandenliste und zu diesen werde ich dann am Nachmittag separat sprechen.

Die Staatsanwaltschaften hatten im vergangenen Jahr rekordhohe Eingangszahlen gegenüber dem Vorjahr zu melden. Rund 30'400 Neueingänge waren zu verzeichnen, was einer Zunahme von 9,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Insbesondere im Bereich der Urkundendelikte, zum Beispiel im Zusammenhang mit den Corona-Zertifikaten, und bei Verstössen gegen das Ausländer- und Integrationsgesetz wurde vermehrt delinquent. Ebenso haben die Gewaltdelikte gegenüber dem Vorjahr zugenommen. War das Jahr 2021 noch von den Einschränkungen der Corona-Pandemie geprägt, so nahm das Leben 2022 wieder volle Fahrt auf, und zwar in allen Bereichen.

Gespürt haben diese Zunahme der Delinquenz insbesondere die regionalen Staatsanwaltschaften mit 9,2 Prozent, etwas vermindert die auf besondere Deliktsarten spezialisierten kantonalen Staatsanwaltschaften mit plus 5,2 Prozent, wobei die Anzahl Neueingänge nicht alleinentscheidend für die Belastungssituation ist. Einer übermässigen Belastungssituation ist die Staatsanwaltschaft Winterthur/Unterland ausgesetzt mit teilweise bis zu 14 Prozent mehr Eingängen als in der Vorjahresperiode. Die Oberstaatsanwaltschaft hat nun eine Reihe von Entlastungsmassnahmen ergriffen. Diese eingeleiteten Massnahmen erscheinen der Justizkommission sinnvoll, auch wenn ihre Wirkung aufgrund der enormen Fallzunahme mehrheitlich verpufft. Die JUKO wird diese Situation weiterhin aufmerksam beobachten.

Ein grosses Ereignis im Berichtsjahre war für die Staatsanwaltschaften der Bezug des Polizei- und Justizzentrums, PJZ. Mit dem Einzug der Oberstaatsanwaltschaft sowie der drei kantonalen Staatsanwaltschaften arbeiten diese seit dem vergangenen Jahr nun unter einem grossen gemeinsamen Dach. Die Oberstaatsanwaltschaft zieht bis anhin eine grundsätzlich positive Bilanz. Zahlreiche Abläufe funktionieren grundsätzlich zuverlässig und die Mitarbeiter seien mit dem neuen Arbeitsort grösstenteils zufrieden. Wie bei allen derart grossen Projekten besteht auch bei gewissen Abläufen im PJZ noch Optimierungsbedarf. Gewisse Mängel konnten schon behoben werden. So funktionieren die bis zur Ablösung durch den digitalen Arbeitsplatz ersatzweise im Einsatz stehenden Geräte nach anfänglichen Schwierigkeiten nun zuverlässig.

Seit der letzten Berichterstattung haben alle drei kantonalen Staatsanwaltschaften infolge Pensionierungen eine neue Leitung erhalten. Mit dem Ruhestand langjähriger Führungspersonen ist immer auch ein grosser Know-how-Verlust verbunden. Ein einheitliches, amtsstellenübergreifendes Wissensmanagement ist unabdingbar, um den Transfer dieser wichtigen Ressource auch bei Führungswechseln sicherzustellen. Die Justizkommission wünscht sich hier weiterhin eine strukturiertere und systematischere Sammlung des vorhandenen Wissens bei den Staatsanwaltschaften in dem die einzelnen Amtsstellen übergreifenden Wissensmanagement.

Die Rekrutierung im Bereich der juristischen Stellen bei den Staatsanwaltschaften stellt noch kein grundsätzliches Problem dar, auch wenn die Rekrutierung unter-

schiedlich erfolgreich verläuft. Ausbildungsmodule für junge Assistenz-Staatsanwältinnen und -anwälte sowie Auditorien und Auditoren sollen hier den juristischen Nachwuchs weiterhin sichern. Hingegen gestaltet sich die Suche nach kaufmännischem Personal je länger, je herausfordernder, weil die Staatsanwaltschaften im kaufmännischen Bereich als Arbeitgeberin mit Konkurrenz aus der Privatwirtschaft zu kämpfen haben, welche bezüglich Lohnniveau attraktiver ist. Es gilt hier mit kreativen Lösungen als Arbeitgeberin weiterhin interessant zu bleiben. Weiterhin beobachten wird die Justizkommission auch die neue Führungsstruktur mit den «AL (*Abteilungsleitenden*) in der Linie». Es ist ein guter, ein interessanter Ansatz, dass die Mitarbeitenden hier zusätzliche Unterstützung erhalten. Allerdings braucht es natürlich auch wieder Ressourcen und das Ganze muss ja aufwandneutral sein. Es darf nicht zulasten, sondern muss zugunsten der Mitarbeitenden geschehen, wir werden dies weiterhin beobachten.

Die Justizkommission hat sich im Berichtsjahr verschiedentlich mit der Oberstaatsanwaltschaft über die Digitalisierung der Strafakten unterhalten. Im Zuge der Lancierung oder Weiterentwicklung verschiedener Digitalisierungsprojekte, wie beispielsweise Justitia 4.0 oder des elektronischen Aktenmanagements kommt es momentan zu Doppelspurigkeiten in der Aktenführung. Man befindet sich in einer Übergangsphase, in welcher noch das Primat der Papierakte gilt, während im Hintergrund die Umstellung auf die elektronische Akte läuft. Bis zu einer etablierten einheitlichen Lösung erscheint es der JUKO wichtig, dass für die Mitarbeitenden eine geeignete Infrastruktur getroffen wird, welche den Arbeitsfluss nicht behindert. Dies scheint momentan noch nicht auf allen Amtsstellen gewährleistet zu sein.

Zur Jugendkriminalität: Diese hat sich im Kanton Zürich stabilisiert. Die Jugendgewalt hat 2022 sogar zum ersten Mal seit sechs Jahren abgenommen, nachdem sie seit dem Tiefstwert im Jahre 2012 kontinuierlich zugenommen hatte. Während die Zahl der Gruppendedelikte zurückging, nahm die Zahl der Einzeltaten zu. Das Durchschnittsalter der delinquierenden Jugendlichen ist leicht gesunken. Das mangelhafte Angebot für straffällige psychisch auffällige Jugendliche ist ein Dauerbrenner, gemäss dem leitenden Oberjugendanwalt aber nachvollziehbar. Die Angebote sind ziviler Natur und bei gefährlichen, gewaltbereiten Tätern besteht das Problem, dass diese von den Institutionen nicht aufgenommen werden. Bei dieser kleinen Gruppe muss daher intensiver gesucht werden. Für die ganz gefährlichen Jugendlichen gibt es zwei Notfallplätze. Eine kleine Entlastung zeichnet sich bei psychologisch-psychiatrisch auffälligen Mädchen mit der Schaffung einer Abteilung in einer Institution in Winterthur ab, deren Eröffnung auf kommenden Herbst erwartet wird. Zudem erfolgt derzeit mit einem externen Partner eine Bestandesaufnahme und eine Bedarfsanalyse betreffend stationäre Plätze, was ebenfalls auf diesen Zeitpunkt hin einen Überblick verschaffen soll. Die JUKO erhofft sich, dass durch diese Massnahme eine langersehnte Verbesserung für die betroffenen Jugendlichen eintritt.

Die Justizkommission stellt fest, dass die Strafverfolgungsbehörden und die Gerichte weiterhin mit sich rasch und laufenden Änderungen, Entwicklungen und steigenden Ansprüchen konfrontiert werden. Der Einzug ins PJZ ist vollzogen und

im gelebten Alltag treten nun die Vor- und Nachteile dieses riesigen Gebäudes an den Tag. Zahlreiche Abläufe funktionieren zuverlässig, bei einigen Themen besteht aber noch Optimierungsbedarf. Auch das Thema «Digitalisierung» bleibt ein Dauerbrenner. Es muss Mehrwert geschaffen werden, die Arbeitsflüsse dürfen nicht behindert werden durch die Digitalisierung. Ja, das Optimierungspotenzial ist auch beim Thema der Digitalisierung weiterhin vorhanden, auch wenn die JUKO im Vergleich zum Vorjahr einige Verbesserungen erkennen kann.

Die Justizkommission dankt sämtlichen Mitarbeitenden der Strafverfolgungsbehörden und der Gerichte für den geleisteten grossen Einsatz. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

René Isler (SVP, Winterthur): Die Geschäftsprüfungskommission übt ja bekanntlich im Auftrag dieses Rates die parlamentarische beziehungsweise kontrollierende Oberaufsicht über den Regierungsrat, die kantonale Verwaltung sowie alle anderen Träger von öffentlichen Aufgaben aus, darunter auch alle staatlich anerkannten Religionsgemeinschaften. Die GPK – wir haben es vom Präsidenten gehört – hat in mehreren Sitzungen den Bericht des Regierungsrates durchleuchtet und je nach persönlicher Sichtweise das eine oder andere Thema mehr gewichtet. Bei allen Sitzungen haben wir aber weitgehend strukturiert nach den jeweiligen Sachthemen die Prüfung der Regierungsratsstätigkeiten und Verwaltungstätigkeiten gegliedert angeschaut und, wo notwendig oder gar unklar, nachgefragt und detailliert geprüft. Zum Schluss fassten wir von der GPK die wichtigsten Feststellungen zusammen und formulierten so unsere diesbezüglichen Empfehlungen an den Regierungsrat.

Kritisch zu vermerken ist aus formaler Sicht vor allem, dass der Geschäftsbericht des Regierungsrates wie auch der erstmals separat erschienene Legislaturbericht kein Berichts- oder gar Beschlussdatum enthält. Das erscheint uns doch sehr merkwürdig oder wenigstens sehr eigenartig. Weiter hat die Geschäftsprüfungskommission aber auch wiederum ein Augenmerk auf die Berichterstattung zu den internen Kontrollsystemen, IKS, sowie dem Risikomanagement des Regierungsrates gelegt. Leider stellen wir auch in diesem Jahr fest, dass im vorliegenden Bericht der Geschäftsbericht des Regierungsrates nur wenige Hinweise dazu hergibt. Es sei hier deshalb nochmals ausdrücklich erwähnt, dass die ganze GPK bereits in der Vergangenheit schon mehrmals und wiederholt auf diese Missstände hingewiesen hat. Wir sind klar der Meinung, dass neben den finanziellen Risiken ein zeitgemässes IKS neben dem Finanzbereich auch alle weiteren operationellen Risiken abdecken muss, wie zum Beispiel den IT-Bereich, die Geschäftsbearbeitung und das Personalwesen. Die GPK sieht zudem aufgrund verschiedener laufender Prüfungen in diesem Bereich generellen Handlungsbedarf.

Auf die berechtigte Kritik über die Legislaturziele lasse ich mich hier nun aber nicht mehr weiter aus, hat das doch unser GPK-Präsident in aller Deutlichkeit bereits erwähnt. Bei der Berichterstattung zum Stand der Massnahmen sieht die GPK jedoch weiterhin einen Verbesserungsbedarf. Was eigentlich gar nicht geht, ist die Kritik des Regierungsrates, dass die von der GPK geforderte Berichterstat-

tung voraussetze, dass die Umsetzung der Massnahmen im Rahmen des Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplans (*KEF*) jeweils mit Stand zu Beginn und zu Ende eines jedes Amtsjahres geplant werden müsse. Eine solche Planung und Berichterstattung erscheine der Regierung aber kaum zweckmässig. Geschätzte Damen und Herren des Regierungsrates, so geht das nicht.

Die GPK nimmt nun aber auch positiv zur Kenntnis, dass sich der Regierungsrat in den letzten Jahren intensiv mit den Empfehlungen der GPK zur Geschäftsberichterstattung befasst und dabei auch verschiedene Anliegen unsererseits aufgenommen hat. Abschliessend sei nun aber dem Regierungsrat, allen kantonalen Verwaltungseinheiten, ganz besonders auch der Finanzkontrolle, unserem äusserst professionellen Sekretär der GPK (*Christian Hirschi*) und seinem gesamten Team sowie allen Mitarbeitenden des Kantons Zürich ein aufrichtiges Dankeschön ausgesprochen. Ihr habt einen hervorragenden Job gemacht.

Davide Loss (SP, Thalwil): Das Jahr 2022 war das erste Jahr, in welchem die Verwaltung und der Regierungsrat wieder im Normalbetrieb funktionierten nach der Corona-Virus-Pandemie und man muss festhalten: Dieses Jahr hat er gut wieder in den Normalbetrieb zurückgefunden. Es wurden diverse Projekte abgeschlossen, es war auch das Ende der Legislatur, und die GPK begrüsst sehr, dass der Regierungsrat einen separaten Legislaturabschlussbericht vorgelegt hat. Insgesamt muss man sagen: Die Legislaturziele waren vielleicht etwas gar allgemein gehalten, etwas wenig griffig, und – wenig erstaunlich – wurden auch fast alle umgesetzt und alles pünktlich zum Legislaturabschluss. Da wünscht sich die GPK vielleicht ein bisschen mutigere Ziele, ein bisschen visionärere Ziele, wo man auch konkret messen kann, was der Regierungsrat vorhat mit unserem Kanton.

Die diversen Kritikpunkte der GPK wurden allesamt oder grösstenteils aufgenommen. Das ist sehr positiv. Der Geschäftsbericht gibt einen guten Überblick über das Funktionieren der kantonalen Verwaltung und des Regierungsrates im vergangenen Jahr. Positiv zu bemerken ist auch die vermehrte direktionsübergreifende Zusammenarbeit, auch wenn ich mir die Bemerkung nicht verkneifen kann, dass wir halt immer noch sieben Königreiche haben, und das wird vermutlich auch immer so sein. Positiv ist aber, dass man diverse direktionsübergreifende Projekte abschliessen konnte, unter anderem auch das Polizei- und Justizzentrum, PJZ. Das ist sehr positiv und da hat man auch gesehen, dass eine direktionsübergreifende Zusammenarbeit wichtig ist für unseren Kanton und dass man vielleicht ein bisschen über den eigenen Garten hinaus denkt. Besonders betonen möchte ich hier auch das Amt für Informatik, das aus meiner Sicht in der kantonalen Verwaltung eine Schlüsselrolle einnehmen muss und soll, ohne dabei aber die Besonderheiten der einzelnen Direktionen ausser Acht zu lassen.

Insgesamt muss man sagen, der Kanton Zürich ist gut aufgestellt, und ich möchte im Namen der SP-Fraktion dem Regierungsrat und der kantonalen Verwaltung für die geleistete Arbeit danken. Wir von der SP-Fraktion werden den Geschäftsbericht genehmigen. Besten Dank.

Corinne Hoss-Blatter (FDP, Zollikon): Zum dreiteiligen Geschäftsbericht 2022 des Regierungsrates haben die Präsidien der GPK und der JUKO bereits die wichtigsten Anmerkungen gemacht und sind dabei, wie meine Vorredner von der SVP und der SP, auch auf einzelne Themen mit oder ohne Optimierungspotenzial eingegangen. So werde ich dies auch tun, aber es wird natürlich zu Wiederholungen kommen, aber vielleicht höhlt ja steter Tropfen den Stein.

Generell ist analog der Meinung der GPK auch für die FDP der Bericht im grünen Bereich. Drei Punkte möchte ich anmerken:

Punkt 1: Der Geschäftsbericht enthält nach wie vor, und obwohl von der GPK bereits mehrfach gefordert, kaum Hinweise zu einem internen Kontrollsystem IKS. Im Teil 1 – und das ist der Teil, der von der GPK vertieft angeschaut wird – gibt es keine Bezüge zum IKS, was wir sehr bedauern. Mit dem neuen jährlich zu erstellenden Risikobericht, den die aktuelle Verordnung über die Organisation des Regierungsrates fordert, sollte hier in Zukunft Abhilfe geschaffen werden. Dies wird nach Jahren des Monierens seitens diverser Stellen und Parteien auch endlich Zeit. Auch die FDP wartet also gespannt auf diesen ersten Bericht im kommenden Jahr.

Punkt 2: Der separate Bericht zu den Legislaturzielen (*des Regierungsrates, RRZ*) wurde bereits vor vier Jahren von der GPK gefordert. Nun liegt er vor und wird grundsätzlich positiv beurteilt, wir haben das gehört. Leider wurden beide Berichte, also Geschäftsbericht und Legislaturbericht, ohne Erscheinungsdatum veröffentlicht. Dies scheint jetzt vielleicht so eine Kleinigkeit, aber Veröffentlichungen sollten generell mit einem Erscheinungsdatum versehen sein. Dann könnte man vielleicht nämlich ein interessantes Phänomen etwas besser verstehen oder erklären: Es gibt Massnahmen, zum Beispiel RRZ 2c, die im Geschäftsbericht als verzögert, im Legislaturbericht aber als abgeschlossen aufgeführt sind. Die Begründung für diese unterschiedlichen Umsetzungsstände könnten sich daraus ergeben, dass das Geschäftsjahr am 31. Dezember endet, die Legislatur aber erst am 30. April. Da muss man aber sehr viel Effort in die verzögerten Massnahmen gesteckt haben, wenn sie aus dem Status «verzögert» in nur drei Monaten noch abgeschlossen werden konnten. Und ich sage absichtlich drei und nicht vier Monate, obwohl die Legislatur Ende April endete, denn beide Berichte wurden an der gleichen Regierungsratssitzung vom 5. April verabschiedet, was heisst: Es musste zu dem Zeitpunkt am 5. April bereits klar sein, dass die Massnahmen tatsächlich abgeschlossen sind. Also hier sieht man, ein Erscheinungsdatum wäre vielleicht hier ein bisschen hilfreich gewesen. Und da komme ich eben auch zurück auf eine jahrelang bestehende GPK-Forderung, die auch die FDP immer unterstützte: Es braucht präzisere Angaben zu den Projekt- und Massnahmenständen im Geschäftsbericht. Der Regierungsrat richtet nach eigenen Aussagen den Umsetzungsstand zwar auf den Legislaturabschluss aus. Wo das hinführt, habe ich eben aufgezeigt, es besteht keine terminliche Kongruenz zwischen den beiden Berichten. Deshalb verlangen wir erneut endlich einen Indikator im Geschäftsbericht zum Erfüllungsgrad der Massnahmen. Der Verlauf der Arbeiten kann ohne einen solchen – sei dies ein Ampelsystem, sei die sein Notensystem oder ein Zeitstrahl – nicht beurteilt oder kontrolliert werden. Nachdem nun der Legislaturwechsel

vollzogen ist, ist der Zeitpunkt im kommenden Geschäftsbericht für das laufende Jahr genau richtig, um endlich die entsprechenden Anpassungen vorzunehmen. Und Punkt 3: Sowohl im Geschäfts- als auch im Legislaturbericht werden zehn Legislaturziele in zehn Politikbereichen aufgeführt. Dazu werden insgesamt 53 Massnahmen aufgelistet. Davon sind gemäss Legislaturbericht fast alle abgeschlossen, nur gerade vier Massnahmen verzögert, eine wurde gestrichen. Das gibt – wir haben das vorher bereits gehört – einen beinahe 100-prozentigen Erfüllungsfaktor.

Es sei die Frage erlaubt – auch das wurde schon gesagt, und darum höhlt eben vielleicht für die Zukunft der stete Tropfen den Stein –, ob zu wenig ambitionierte Ziele gesetzt wurden. Aus eigener Erfahrung als ehemalige Gemeinderätin weiss ich, dass man in vier Jahren einfach unmöglich alle Ziele, wenn sie genug herausfordernd sind, vollständig abschliessen kann.

Dann noch ein Wort zur Abschreibung der beiden Motionen, Kantonsratsnummer 335/2021 und 227/2018: Es erstaunte die GPK etwas, dass diese in das Geschäft der Genehmigung des Geschäftsberichtes eingeschlossen wurden, aber die GPK und auch die FDP stimmende Abschreibung zu. Zum Schluss bedanken wir uns für den Geschäftsbericht und für das grosse Engagement des Regierungsrates sowie aller Mitarbeitenden in der Verwaltung im vergangenen Jahr. Die FDP beantragt Ihnen, den Geschäftsbericht für das Jahr 2022 zu genehmigen.

Benno Scherrer (GLP, Uster): Die Würdigung des Geschäftsberichts wurde vom Präsidenten der GPK vorgenommen. Die GPK hat das Geschäft intensiv debattiert. Nun, Geschäftsberichte sind so dicke Bücher, etwas zwischen dicken Büchern und attraktiv aufgemachten PR-Broschüren. Der Geschäftsbericht der Regierung liegt da dazwischen, sauber aufgemacht, sehr aufwendig, sehr informativ. Selbstkritik ist natürlich nicht Thema; weder eines Geschäftsberichts, der als PR-Broschüre daherkommt, noch des Geschäftsberichts der Regierung. Die Legislaturziele seien, es wurde gesagt, alle erreicht. Dass das Legislaturziel «Attraktivität des Kantons in steuerlichen Aspekten», diese Attraktivität zu wahren, dass dieses Ziel erreicht sei, wurde verdankenswerterweise im Nachhinein begründet mit abgeschlossenen Prüfmassnahmen. Wir gehen aber davon aus, dass ein solches Ziel, auch wenn es nicht als Legislaturziel erwähnt sein sollte, jederzeit verfolgt wird, sodass der Kanton Zürich im Steuerwettbewerb endlich besser dasteht. Nun, es liegt an uns, mit unserer parlamentarischen Arbeit von der Regierung mehr zu verlangen. Das tun wir jeweils auch mit Vorstössen. Wenn es aber um die Sicht der Oberaufsicht geht, gibt es kaum etwas zu bemängeln. Die Mängelliste wurde bereits erwähnt. Ich danke in diesem Sinne im Namen der Grünliberalen für den Geschäftsbericht und für die Arbeit. Wir genehmigen.

Edith Häusler (Grüne, Kilchberg): Es ist die Aufgabe der Oberaufsicht, den Geschäftsbericht des Regierungsrates zu beurteilen und, wenn nötig, entsprechende Empfehlungen bei Mängeln oder allgemeinen Unklarheiten anzubringen. Die GPK weist seit Jahren immer wieder auf dieselben Schwachstellen hin. Generell vermissen wir jeweils die Berichterstattung zur Grosswetterlage und auch zu den

abgeschlossen oder eben nicht abgeschlossen Legislaturzielen. Immerhin wurde uns dieses Mal eine separate Liste über die zurückliegende Legislatur mitgeliefert. Grossmehrheitlich konnten die Ziele erreicht werden. Allerdings beschäftigt die Weiterentwicklung der HR-Organisation und die IKT-Strategie der kantonalen Verwaltung die GPK schon jahrelang und so, wie es aussieht, auch in der nächsten Legislatur.

Die GPK hat schon früher darauf aufmerksam gemacht, dass die Berichterstattung der Regierung im Zusammenhang mit den Legislaturzielen für den Kantonsrat schwierig nachzufolgen ist. Der Kantonsrat kann nur den Geschäftsbericht beurteilen, nicht aber die Legislaturziele. Daher sollte die Regierung in der nächsten Legislatur 2023 bis 2027 in seiner Berichterstattung zu den Massnahmen diese fortwährend auch überprüfen. Zur Umsetzung und Empfehlung der Massnahmen während der Corona-Krise hat sich die GPK bereits zu einem frühen Zeitpunkt geäussert. Sehr erfreulich ist, dass ein Grossteil der Empfehlungen umgesetzt wurde. Ein Thema, über das die GPK mehr als erstaunt war und das für einmal nichts mit der Corona-Krise zu tun hat, gilt der Abwicklung der Direktzahlungen und der generellen IT-Kontrolle. Mit der IT-Anwendung Agricola werden beim Amt für Landschaft und Natur (ALN) die Direktzahlungen sowie andere staatliche Beiträge von A bis Z erfasst und abgewickelt. Bei einer internen Kontrolle wurde nun festgestellt, dass das IT-System, welches offenbar zusammen mit anderen Kantonen ständig weiterentwickelt wird, etliche Mängel aufweist. So ermöglicht das System Manipulationen und verhindert damit die Aussagen zur Integrität der Daten. Bei der Feststellung dieses gravierenden Fehlers wurde zwar mit der Informatikfirma ein neuer Vertrag ausgearbeitet, aber der neue Vertrag gilt erst ab diesem Jahr. Wie lange zuvor nicht korrekt abgerechnet wurde, kann nicht so einfach eruiert werden. Die nachstehenden IKS-Kontrollen seitens des ALN sind noch ausstehend und ebenfalls noch ausstehend sind die dokumentierten periodischen Kontrollen der Vergabe der Benutzerrechte auf allen Ebenen. Das sind jetzt mal einfach die Tatsachen, wie sie im aktuellen Bericht abgebildet sind. Was mich dann aber schon sehr erstaunte, ist, dass bereits 2016 die Aufsichtsprüfung der Finanzkontrolle dieselben fehlenden Benutzerberechtigungen kritisiert. In der Stellungnahme des ALN zu diesem Bericht wird darauf hingewiesen, dass nun die periodische Kontrolle monatlich vorgenommen und zukünftig von technischen Verantwortlichen protokolliert werden. Das ist zwingend, damit die Vertrauenswürdigkeit in die Abwicklung der Daten keinen Schaden nimmt. Dies einfach ein Beispiel aus diesem dicken Bericht der Regierung.

Grundsätzlich ist die Grüne Fraktion mit dem Geschäftsbericht zufrieden. Wir nehmen ihn an und danken der Regierung, der Staatskanzlei, aber vor allem der Verwaltung bestens für ihre gute Arbeit. Besten Dank.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Es freut mich zuerst einmal, dass der Regierungsrat hier in corpore vollzählig anwesend ist. Teilweise hat er in jüngerer Vergangenheit ja auch schon Schwierigkeiten gehabt, den Weg zu uns hier zu finden, bei anderen Anlässen. Positiv ist erst einmal anzumerken, dass der Regierungsrat in-

zwischen einer Risikoabschätzung beziehungsweise, was zum Risikomanagement im Geschäftsbericht vorhanden ist, auch wenn, wie bereits schon angemerkt, dieser Teil durchaus noch ausbaufähig ist. Auch ist im Geschäftsbericht grundsätzlich noch vieles in die einzelnen Direktionen eingeteilt, aber dies – das muss man schon einfach sagen – widerspiegelt schlussendlich eine Realität bei uns in der kantonalen Verwaltung, ist also daher durchaus auch logisch.

Was ich nun jedoch auch noch machen muss, ist – ich wiederhole mich sicher zu meinen Vorrednern und Vorrednerinnen –, die Legislaturziele anzusprechen. Diese sind ja nicht allzu genau und es ist, so glaube ich, allgemein bekannt, dass sie zurzeit mehr Schein als Sein sind. Ich denke, das kann man durchaus auch als offenes Geheimnis deklarieren. Da dies aber wirklich jedes Jahr aufs Neue stört, will ich hier nochmals nachdoppeln, denn es ist auch nicht weiter verwunderlich, wenn man diese Ziele so durchliest und dann Floskeln liest wie «Strategien vorbereiten», «Angebote schaffen» oder «Lösungen vorschlagen», dass diese Ziele nicht allzu viel taugen. Ziele sollten in erster Linie messbar sein, ansonsten sind sie nicht viel mehr wert als gutgemeinte Neujahrsvorsätze, und die Berichterstattung ist nachher entsprechend unbefriedigend, wie dies nun auch hier von den Rednern angemerkt wurde. Ich denke, jeder und jede Lernende, ja, sogar jeder Schüler, jede Schülerin lernt in der Ausbildung, dass Ziele messbar und klar sein sollten, und dann sollte dies ja wohl unser Regierungsrat auch können. Und daher verwundert es ja dann auch nicht, dass das entsprechende Ziel am Ende einfach wie ein Lichtsignal von «planmässig» auf «abgeschlossen» wechselt. Was hierzu nun genau unternommen wird, das ist dann meist nicht allzu klar. Entsprechende Massnahmen, die zu den Legislaturzielen gehören, muss man bei manchen Legislaturzielen fast schon akribisch suchen beziehungsweise herausfinden, da so viele Legislaturziele in der Endanalyse als überflüssig erscheinen. Nun, wir sind hier in der neuen Legislatur und ich wünsche mir als GPK-Mitglied, dass für die neuen Legislaturziele nur noch messbare Ziele vorliegen und jeweils zu jedem Ziel definiert ist, wann ein Ziel auch erreicht ist, sodass wir die Sache wirklich anschauen können. Ansonsten müssen wir hier schon mal eher darüber nachdenken, ob es diese Ziele so überhaupt noch braucht und sie nicht nur einfach noch Politfolklore sind, beziehungsweise ob zumindest die Prüfung derselben durch die Geschäftsprüfungskommission, wie wir sie zurzeit vornehmen, überhaupt noch nötig ist, da sie je nachdem mit der realen Arbeit der Regierung nicht mehr viel gemein haben. Die Fraktion der Alternativen Liste wird den Geschäftsbericht so abnehmen. Besten Dank.

Regierungspräsident Mario Fehr: Es freut uns, dass auch Sie fast vollzählig anwesend sind, um über den Bericht des Regierungsrates zu debattieren. Wir haben eine Menge Anregungen gehört, vielen Dank für diese. Wir haben Anregungen zur Umdatierung gehört und vor allem aber einen wunderbaren Vorschlag von Frau Hoss, nämlich denjenigen, dass wir Noten einführen sollen. Wir werden das im Regierungsrat diskutieren, eine Art Selbstbenotungssystem gegenseitig. Wir haben das einmal in einer früheren Zeit im Adliswiler Stadtrat so gemacht. Ich kann Ihnen sagen, es wurde nachher ein paar Wochen lang ein bisschen schwierig

(Heiterkeit). Aber wir werden darüber diskutieren, wir werden über alles diskutieren. Wir haben ja von Ihnen alle grünes Licht bekommen. Wir wissen auch, dass so ein Geschäftsbericht kurz und knapp sein soll, aber trotzdem alles umfassend. Auch das werden wir das nächste Mal bestimmt besser machen.

Ich glaube, es lohnt sich, wenn man hier über Legislaturziele debattiert und darüber, was in den letzten vier Jahren passiert ist, auch ein wenig zurückzudenken. Wer von Ihnen hätte vor vier Jahren auch nur in Erwägung gezogen, dass diese Legislatur von einer Pandemie geprägt sein würde? Wer vor Ihnen hätte in Erwägung gezogen, dass es einen schrecklichen Krieg in der Ukraine gibt nach der russischen Invasion? Wer vor Ihnen hätte gedacht, dass deswegen noch einmal grosse Flüchtlingsströme in Europa unterwegs sein werden? Das alles hat die letzte Legislatur geprägt, mit all dem mussten sich der Kantonsrat, aber auch der Regierungsrat und die Zürcher Bevölkerung auseinandersetzen. Die Legislaturziele dienten von allem Anfang an als Leitlinie. Sie dienten auch als Leitlinie in diesen «struben» Zeiten. Und ich kann Ihnen sagen, ich bin sehr stolz auf die Verwaltung des Kantons Zürich, die in grosser Flexibilität auf diese Herausforderungen reagiert hat. Und alle die sagen oder gesagt haben, dass dieser Regierungsrat nicht directionsübergreifend zusammenarbeiten könne, der wurde eines Besseren belehrt. Wir haben einander ausgeholfen, wir sind einander beigestanden, der Kantonsrat auch, und wir haben gemeinsam mit der Zürcher Bevölkerung diese Krisen soweit bewältigt, wie wir sie bewältigen konnten.

Herr Scherrer hat vollkommen recht, der Kantonsrat hat die Oberaufsicht, soll sie auch haben, soll sie auch intensiv wahrnehmen. Herr Scherrer hat gesagt, mit Vorstössen könne man helfen. Das kann man so sehen. Wenn ich eine Bitte an Sie hätte, dann machen Sie so viele Vorstösse, wie Sie wollen, aber versuchen Sie vielleicht, uns nur in denjenigen Themenfeldern zu befragen, zu interpellieren, zu postulieren oder zu motionieren, in denen wir auch wirklich zuständig sind. Das würde helfen, das würde auch helfen, Bürokratie zu verändern.

Wenn ich auf die letzte Legislatur zurückblicke, dann bin ich, das muss ich Ihnen ehrlich sagen, ein bisschen stolz auf diesen Kanton, auf seine Verwaltung, auf seine demokratischen Institutionen. Ich habe aber auch eine grosse Demut, dass es uns am Ende dieser Krisen – die Flüchtlingskrise ist weiss Gott noch nicht ausgestanden – wirklich gut geht. Ich spreche von einer Sicherheit, die Sie anderswo suchen können, vor einem funktionierenden sozialen Netz, von hohen Standards im Bildungs- und Gesundheitsbereich. Ich spreche von einem leistungsfähigen Verkehrssystem, einer starken Wirtschaft, einer guten Beschäftigungslage und von gesunden Kantonsfinanzen. Dem Kanton Zürich geht es gut. Wir sind überzeugt davon, dass wir am Anfang dieser Legislatur – wir werden kommenden Mittwoch unsere Ziele für diese Legislatur vorstellen – alles unternehmen müssen, damit wir trotz der Herausforderungen, der ganz normalen Herausforderungen wie dem Wachstum der Mobilität, einem zunehmenden Individualismus, der Digitalisierung diesen Kanton durch die Klippen der Zukunft lenken können.

Ich kann Ihnen sagen, die Verwaltung dieses Kantons ist eine der besten der Welt, der Kantonsrat sowieso, und der Regierungsrat benotet sich nächstens selbst.

Corinne Hoss-Blatter (FDP, Zollikon) spricht zum zweiten Mal: Nur ganz kurz: Herr Regierungspräsident, ich meinte natürlich Noten betreffend den Fortschritt der Massnahmen und nicht betreffend Ihre Leistung.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Das Wort zur Grundsatzdebatte zur Rechnung hat der Präsident der Finanzkommission.

Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen), Präsident der Finanzkommission (FIKO): In meinen Ausführungen werde ich zur Rechnung 2022 des Kantons Zürich sprechen und anschliessend einige Eckpunkte der Finanzkommissionstätigkeit zum Berichtsjahr Juli 2022 bis Juni 2023 erwähnen.

Ich beginne mit dem ersten Teil, der Rechnung: Der Kantonshaushalt weist für das vergangene Jahr einen Ertragsüberschuss von 543 Millionen Franken aus. Das Budget, einschliesslich aller Nachtragskredite, Kreditübertragungen, das sogenannte «Budget plus» rechnete mit einem Aufwandüberschuss von minus 523 Millionen Franken. Damit ist das Rechnungsergebnis um 1,066 Milliarden Franken besser als budgetiert ausgefallen. Ausschlaggebend für den guten Abschluss waren nicht Minderausgaben, sondern mehrere nicht budgetierte Ertragseffekte, insbesondere höhere Steuereinnahmen von plus 964 Millionen Franken, die höheren Gewinnausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank von plus 124 Millionen Franken und der Zürcher Kantonalbank von plus 50 Millionen Franken. Mit 8,553 Milliarden Franken bilden die Steuern die wichtigste Ertragsquelle des Kantons. Insgesamt stiegen die Steuererträge gegenüber dem Budget 2022 um 964 Millionen Franken, also um 12,7 Prozent. Alle Steuerpositionen erwiesen sich als äusserst robust. Die in der Planung erwarteten Effekte der Corona-Pandemie mit einer Abschwächung der Wirtschaft sind in diesem Ausmass demnach nicht eingetreten. Und dank dem hohen Ertragsüberschuss stieg das Eigenkapital um diese 543 Millionen Franken auf 11,831 Milliarden Franken. Im Berichtsjahr nahmen die flüssigen Mittel um 773 Millionen zu. Dem Staatshaushalt flossen aus betrieblicher Tätigkeit – das sind etwa die 2 Milliarden Franken – und aus Investitionstätigkeiten 936 Millionen Franken ab. Und dazu kamen Abflüsse aus der Finanzierungstätigkeit von 327 Millionen Franken. Wenn man die Investitionen anschaut, so haben wir 1,141 Milliarden Franken – das sind 334 Millionen Franken weniger als im Vorjahr – ausgegeben. Der Selbstfinanzierungsgrad lag bei 132,2 Prozent, und somit konnten die Nettoinvestitionen vollumfänglich durch die Erfolgsrechnung finanziert werden. Und die Nettoschulden, also die Differenz zwischen Fremdkapital und Finanzvermögen, konnten um 282 Millionen Franken gesenkt werden – das sind 6,8 Prozent – auf eine Nettoschuld von neu 3,876 Milliarden Franken.

Weitere Erläuterungen zur Rechnung möchte ich an dieser Stelle nicht vornehmen, Details zu meinen Ausführungen können Sie im Geschäftsbericht des Regierungsrates sowie dem Bericht der Finanzkommission auf Seite 20 fortfolgende, Vorlage 5897a, entnehmen.

Weiter nahm die Finanzkommission am 25. Mai 2023 Kenntnis vom Bericht der Finanzkontrolle über die Prüfung der Rechnung des Kantons. Nach Beurteilung der Finanzkontrolle entspricht die konsolidierte Rechnung des Kantons Zürich für das am 31. Dezember 2022 abgeschlossene Rechnungsjahr den gesetzlichen Vorschriften. Die nicht korrigierten Fehler sind sowohl einzeln als auch gesamthaft in Bezug auf die konsolidierte Rechnung unwesentlich und haben keine Folge auf das Prüfungsurteil. Die Netto-Auswirkung der festgestellten bezifferbaren Fehler auf das Ergebnis der Rechnung liegt bei 18,6 Millionen zugunsten des vom Regierungsrat ausgewiesenen Rechnungsergebnisses. Das Jahresergebnis von 543 Millionen Franken wäre also somit um diese 18,6 Millionen Franken höher ausgefallen. Die Anträge zur Gewinnverwendung und Verlustdeckung der selbstständigen Anstalten entsprechen ebenfalls den massgebenden Rechtsgrundlagen. Insgesamt kann die Finanzkommission von stabilen Prozessen zu Rechnungsführung und Rechnungslegung Kenntnis nehmen. Im Hinblick auf den Rechnungsabschluss des laufenden Jahres empfiehlt die Finanzkommission dem Regierungsrat insbesondere die weiterführende Klärung von Bewertungs- und Darstellungsfragen bei Sachanlagen sowie die Erarbeitung einer einheitlichen Praxis zur Berechnung der Teuerung. In Bezug auf die Erarbeitung der Beteiligungsstrategie, die bereits erwähnt wurde, lädt sie den Regierungsrat ein, basierend auf den bestehenden Kriterien, die Festlegung der bedeutenden Beteiligungen zu überprüfen.

Ich komme nun zum Antrag der Finanzkommission: Im Namen der einstimmigen Finanzkommission betrage ich Ihnen gemäss den Ziffern im Dispositiv 5897a, erstens, die Genehmigung der in den Geschäftsbericht integrierten Rechnung 2022 des Kantons Zürich, zweitens, die Genehmigung der Zuweisung zu den Reserven im Rahmen der Gewinnverwendung der selbstständigen Anstalten PUK (*Psychiatrische Universitätsklinik Zürich*), IPW (*Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland*), UZH (*Universität Zürich*), ZHAW (*Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften*) und ZHdK (*Zürcher Hochschule der Künste*), drittens, die Genehmigung der Verlustdeckung der selbstständigen Anstalten USZ (*Universitätsspital Zürich*), KSW (*Kantonsspital Winterthur*), UZH und ZHdK und PHZH (*Pädagogische Hochschule Zürich*) sowie, viertens, die Genehmigung der Bildung von Rücklagen im Umfang von 880'000 Franken.

Ich komme nun noch rasch zum zweiten Teil, dem Tätigkeitsbericht der Finanzkommission, was wir gemacht haben im Berichtsjahr: Von Juli 2022 bis Juni 2023 hat sich die Finanzkommission neben den periodisch wiederkehrenden Aufgaben und den sonstigen Geschäften auch mit zwei Schwerpunkten beschäftigt, nämlich der Compliance in der kantonalen Verwaltung und den einfachen Gesellschaften. Die entsprechenden Ausführungen können Sie gerne ab Seite 30 nachschlagen. Für die Tätigkeit der Finanzkommission von zentraler Bedeutung sind aber auch die halbjährlichen Berichte der Finanzkontrolle, die Semesterberichte. Im Semesterbericht 2 für das zweite Halbjahr liegt der Schwerpunkt der Arbeit der Finanzkontrolle jeweils in der Durchführung der Finanzaufsichtsprüfung. Ohne im Detail auf die bereits in der Vorlage 5897a ab Seite 31 fortfolgend eingehend dargelegten Empfehlungen einzugehen, möchten wir noch kurz ein paar Sachen sagen,

wo wir dort die Schwerpunkte gesehen haben: a) die prozessuale Auswirkung von Änderungen und rechtlichen Grundlagen, b) das Beschaffungswesen, c) die IT und d) korrekte Verbuchungen von Erträgen.

Zum Schluss danke ich den Mitgliedern des Regierungsrates, insbesondere dem Finanzdirektor Ernst Stocker, für die gute Zusammenarbeit, dem Leiter Martin Billeter und den Mitarbeitern der Finanzkontrolle für ihre Arbeit und die äusserst wertvolle Unterstützung der Finanzkommission, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für ihren Einsatz, insbesondere dem Chef der Finanzverwaltung, Basilius Scheidegger, den Sach- und Aufsichtskommissionen selbstverständlich für die konstruktive Zusammenarbeit, dem Kommissionspräsidenten der letzten Legislatur, Tobias Langenegger, für die reibungslose Übergabe und seinen Einsatz zugunsten der Kommission und meinen Kolleginnen und Kollegen in der Finanzkommission sowie ganz besonders unserem Sekretär Michael Weber, welcher die Kommission stets mit sehr viel Erfahrung und Sachkenntnis begleitet. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Karl Heinz Meyer (SVP, Neerach): Mit Befriedigung haben wir vom guten Rechnungsrechnungsabschluss des Kantons Kenntnis genommen. Die SVP/EDU-Fraktion dank dem Finanzdirektor und seiner Verwaltung für die geleistete Arbeit. Der Präsident der FIKO ist detailliert auf die Rechnung eingegangen, das erspare ich mir jetzt. Ich möchte nur noch erwähnen, dass unser Finanzdirektor die Nettoschulden um rund 300 Millionen auf 3,9 Milliarden senken konnte; das nehmen wir mit Genugtuung zur Kenntnis. Zusätzlich konnten für den Rechtsstreit bei der Heimfinanzierung 340 Millionen Rückstellungen gebildet werden. Kritisch sehen wir, dass der Lohnaufwand um 2,4 Prozent weiter gestiegen ist, wobei die Staatskanzlei mit 8,8 Prozent und die JI (*Direktion der Justiz und des Innern*) mit 5 Prozent besonders negativ herausstechen. Die Digitalisierungsdividende muss sich endlich auch beim Lohnaufwand bemerkbar machen.

Wir rühmen uns als Wirtschaftsmotor der Schweiz. Leider ist es eine Tatsache, dass wir bei den Rahmenbedingungen für unser Gewerbe und unsere Industrie fast das Schlusslicht im Kantons-Ranking einnehmen. So haben wir 2022 187 Firmen an andere Kantone verloren; und nein, nicht an die steuergünstigen Kantone Zug oder Schwyz, sondern an Thurgau, Schaffhausen und Aargau. Wir müssen die Rahmenbedingungen massiv verbessern, denn wir sollten nicht nur die Abwanderung stoppen, sondern müssen auch wieder attraktiv für neue Unternehmungen werden. Es müsste uns massiv zu denken geben, wenn der Finanzdirektor des Kantons Zug (*Regierungsrat Heinz Tännler*) sagt, ich zitiere: «Unser grösster Standortförderer ist die Stadt Zürich.» Damit ist klar, dass die Steuern für diejenigen, die unseren Kanton grössten Teil finanzieren, sinken müssen, denn sie haben massgeblich am guten Finanzergebnis in den letzten Jahren beigetragen und müssen nun auch entlastet werden. Alle Befürchtungen von linker Seite, dass sich Steuersenkungen auf den Steuerertrag negativ auswirken, haben sich nicht bewahrheitet, genau das Gegenteil ist eingetreten: Der Steuerertrag ist stark gestiegen.

Die SVP/EDU-Fraktion stimmt dem Geschäftsbericht zu. Besten Dank.

Hannah Pfalzgraf (SP, Mettmenstetten): «In diesem Sinn und mit diesen kritischen Worten wird die SP-Fraktion den Geschäftsbericht 2021 genehmigen, in der Hoffnung, dass nächstes Jahr die Abweichungen endlich etwas weniger absurd hoch und unterdessen die Gegenargumente für kostenintensive Vorlagen etwas weniger falsch sind», das waren meine Worte letztes Jahr um diese Jahreszeit, als es um die Genehmigung des Geschäftsberichts ging. Und wie schon die drei Jahre zuvor, wurden unsere Hoffnung auch in dieser Rechnung enttäuscht. Aber ja, eine funktionierende Strategie, sei sie noch so durchschaubar und offensichtlich, setzt man nicht so schnell in den Sand, nur weil sie Jahr für Jahr von der politischen Minderheit im Parlament kritisiert und sichtbar gemacht wird. «Never change a winning horse», das weiss auch unser Finanzdirektor, und so wird auch dieses Jahr wieder die gleiche Geschichte aufgetischt.

Kapitel 1, tiefrote Zahlen beim Budget: Der mittelfristige Ausgleich wird genau so weit gedrückt, dass die Kaputtspare-Allianz, ihrem Namen gerecht werdend, unsinnige Budgetkürzungen durchdrücken kann und sich so als Retterin des kantonalen Haushalts verkaufen kann, aber nicht so weit, dass man ernsthaft über eine noch unsinnigere Leistungsüberprüfung nachdenken müsste, die mehr schadet als nützt und den Ärger der Wählerinnen und Wähler auf sich zieht.

Kapitel 2: Jegliche Forderungen, welche die akuten und teils schwerwiegenden Probleme der Bevölkerung lösen oder zumindest abschwächen könnten, werden verhindert. Hauptargument: zu teuer. Aber haben Sie überhaupt eine Ahnung, was denn zu teuer ist? Es sind nicht die Unternehmenssteuern und auch nicht die steuerliche Belastung durch den bereits gesenkten Steuerfuss, es sind die stetig steigenden Krankenkassenprämien, es sind die eh schon wuchernden Mieten, die nun durch die Abwälzung des Referenzzinssatzes noch weiterhin die Höhe schnellen. Es sind ausbleibende Stipendien, es sind Kita-Plätze, Out-of-Pocket-Zahlungen im Gesundheitswesen, ÖV-Tickets, und da sind wir erst bei einer sehr unvollständigen Liste, welche sich mit Geld bemessen lässt. Was uns als Kanton Zürich sonst noch teuer zu stehen kommt: der Verlust unserer Menschlichkeit, wenn wir Asylsuchende in menschenunwürdigen Verhältnissen unterbringen, wenn wir unbegleitete Minderjährige wissentlich vernachlässigen, ihnen nicht den Schutz, die Betreuung und die Unterstützung bieten, die geflüchtete, traumatisierte und junge Menschen benötigen; die Akzeptanz einer Gesellschaft, in der die Menschen diskriminiert werden, sie Hass, Hetze und Gewalt ausgesetzt sind, weil sie nicht weiss, heterosexuell, cis, christlich oder einfach nur ein Mann sind; die Zerstörung der Lebensgrundlage für die kommenden Generationen, weil das Motto «nach uns die Sintflut» noch immer die Oberhand hat und anscheinend nicht einmal die geringste Solidarität mit den eigenen Kindern oder Enkeln besteht, die so um ihre Zukunft auf einem intakten Planeten gebracht werden.

Kapitel 3: Und so stehe ich auch dieses Jahr wieder hier und frage mich zuhause der Rechnung, wie man sich um mehr um als 1 Milliarde Franken verrechnen kann, und das nicht aufgrund irgendwelcher Überraschungen. In den Top-Charts der grössten Abweichungen finden sich, wie auch schon in den letzten Jahren, die höheren Gewinnausschüttungen der SNB (*Schweizerische Nationalbank*) und der

ZKB (*Zürcher Kantonalbank*), geringere Auszahlungen an die Prämienverbilligungen und wiederum auf Platz 1 massiv höhere Steuereinnahmen.

Und das bringt mich nun zum Kapitel 4: In einem halben Jahr wird sich die Geschichte wiederholen, nur dieses Jahr mit dem Twist, dass man endlich wieder einen Steuerfuss senken kann, um all jene substanziell zu entlasten, welche die steigenden Krankenkassenprämien und Mieten, die Ausbildung ihrer Kinder, die Finanzierung von Kitaplätzen nicht vor schier unlösbare finanzielle Probleme stellt. Und damit die armen Grossunternehmen auch mal wieder etwas profitieren, setzt man noch rasch den zweiten Schritt der SV17 (*Steuervorlage 17*) um, alles andere wäre ja ungerecht. Diese Politik löst zwar auch keines der Probleme der breiten Bevölkerung, aber sie spült vielleicht noch etwas mehr Geld in gewisse Parteikassen.

Falls Sie nun unzufrieden sein sollten mit der Darstellung Ihrer Finanzpolitik, werte bürgerliche Ratskolleginnen und -kollegen, dann beweisen Sie mir doch im kommenden Dezember bei der Budgetdebatte das Gegenteil und zeigen Sie der Bevölkerung des Kantons Zürich, dass Ihnen nicht nur das kurzfristige Wohl der Gutverdienenden und Grossunternehmen am Herzen liegt, während Sie die Probleme der Normal- und Geringverdienenden einfach ignorieren.

Weil ich aber langsam die Hoffnung auf eine bessere Finanzpolitik, einen Lerneffekt aus der Rechnung und das Ende der sich immer wiederholenden Geschichte verloren habe, möchte ich gerne mit einem Wort des Dankes schliessen und meinem Votum eine positive Wendung geben: Im Namen der SP-Fraktion bedanke ich mich beim kantonalen Personal, welches diesen Laden am Laufen hält, all jenen, die Tag für Tag in den Schulen, in der Verwaltung, im Gesundheitswesen, im öffentlichen Dienst oder anderweitig für den Kanton Zürich tätig sind. Wir sehen eure wertvolle Arbeit und wir werden uns weiterhin politisch für gute und zeitgemässe Arbeitsbedingungen einsetzen. Und die Rechnung werden wir mal wieder kritisch genehmigen. Besten Dank.

Martin Huber (FDP, Neftenbach: Die Kantonsfinanzen weisen einen Ertragsüberschuss von 541 Millionen Franken aus. Das Rechnungsergebnis ist um 1,66 Milliarden Franken besser ausgefallen als budgetiert; dies das achte Mal in Folge, ist das nicht hervorragend? Massgeblich zu diesem Ergebnis beigetragen haben die Bürgerinnen und Bürger sowie die juristischen Personen mit ihren Steuern, herzlichen Dank. Auch die zusätzliche Gewinnausschüttung der SNB von 124 Millionen Franken sowie die höhere Gewinnausschüttung der ZKB haben dazu beigetragen. Es ist immer schön, wenn eine Rechnung positiv abschliesst. Der Regierungsrat budgetiert in den vergangenen Jahren immer nach dem Vorsichtsprinzip, weiter so!

Der Kanton Zürich ist gut aufgestellt und der finanzielle Spielraum ist gegeben, er kann positiv in die Zukunft schauen. Wir wissen, dass positive Abschlüsse immer wieder neue Begehrlichkeiten wecken. Da ist der Kantonsrat gefordert, und neue Aufgaben sollten genau geprüft werden. Es wäre auch zu begrüßen, dass die Digitalisierung in Zukunft etwas zur Effizienzsteigerung und Kostensenkung beitragen würde.

Die FDP hofft aufgrund des finanziellen Spielraums, dass endlich die STAF 2 (*Steuerreform und AHV-Finanzierung*) umgesetzt wird, damit die Unternehmen nicht weiter abwandern und der Kanton Zürich wieder attraktiver wird. Auch für natürliche Personen besteht Raum für Steuersenkungen, wir freuen uns auf die Vorlagen nach den Sommerferien. Die FDP dankt der Finanzdirektion mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre hervorragende Arbeit. Ebenfalls dankt die FDP der Finanzkontrolle für ihre professionelle Arbeit. Die FDP wird dem Geschäftsbericht genehmigen.

Ronald Alder (GLP, Ottenbach): Es ist wie an Weihnachten, da singen wir «Alle Jahre wieder» (*Heiterkeit, der Votant singt*), nur geht es da nicht weiter mit «kommt das Christuskind», sondern mit dem Regierungsrat Ernst Stocker, der uns den Rechnungsabschluss des Kantons Zürich für das Jahr 2022 präsentiert. Einmal mehr schneidet die Rechnung viel besser ab als budgetiert, nämlich um über 1 Milliarde Schweizer Franken – eine so grosse Zahl kann ich fast nicht aussprechen –, und dies trotz Steuerfussenkung bei den natürlichen Personen. Oder gerade deswegen? Der Hauptgrund für das sehr positive Rechnungsergebnis sind die höheren Steuererträge von 964 Millionen Franken, hauptsächlich von den natürlichen Personen. Der Kanton Zürich ist finanz- und wirtschaftspolitisch sehr gut aufgestellt. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, fordern die Grünliberalen mehr Mut zur Lösung. Die Überschüsse müssen in nachhaltige Massnahmen investiert werden. Stichworte: Klimaschutz, Digitalisierung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Forschungstransfer und attraktive Unternehmensbedingungen. Beim Klimaschutz heisst dies Investitionen in erneuerbare Energien, denn sie schaffen Arbeitsplätze und reduzieren die Kosten. Konkret sind Investitionen in Solaranlagen auf den kantonalen Gebäuden und den Fassaden sowie der Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Mobilität zu beschleunigen. Die Digitalisierung muss vereinfachte Abläufe ermöglichen und damit zu weniger Aufwand führen. Und die Chancen von Home-Office müssen noch mehr genutzt werden, denn dies führt zum Wegfall der Pendelzeiten, geringerer Umweltbelastung und weniger Bürobedarf und damit zu geringeren Kosten für den Kanton.

Bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss der Fokus darauf liegen, dass die familienergänzenden Unterstützungen beim Fachkräftemangel Abhilfe schaffen und Arbeitstätigkeit belohnen. Die GLP fordert, dass die im KEF eingestellten 100 Millionen für die verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf ins Budget 2024 aufgenommen werden. Der Kantonsrat hat dieser GLP-Forderung bereits zweimal deutlich zugestimmt. Wir erwarten vom Regierungsrat, dass er diesen Entscheid des Kantonsrats endlich respektiert und damit dem Arbeitskräftemangel in der Wirtschaft begegnet.

Und noch zu einem Punkt, den haben wir heute schon gehört, der besonderer Beachtung bedarf: Gemäss einem Bericht der NZZ verliert der Kanton Zürich mehr Unternehmen, als er gewinnen kann. Das muss von der Zürcher Regierung als Alarmsignal wahrgenommen werden. Die Attraktivität des Standortes Zürich muss gesichert werden. Nur so kann das Steuersubstrat erhalten bleiben und die

wichtigen Investitionen können getätigt werden. Der Kanton Zürich muss attraktiver werden für Start-Up-Unternehmen, insbesondere im Bereich der Nachhaltigkeit und des Forschungstransfers.

Wir bedanken uns beim Finanzdirektor, Regierungsrat Ernst Stocker, beim Amtschef der Finanzverwaltung, Basilius Scheidegger, der immer in der Finanzkommission kompetent Antworten auf unsere Fragen gegeben hat, und dem gesamten Team der Finanzdirektion für den grossen Einsatz. Die Grünliberalen genehmigen den Geschäftsbericht des Regierungsrates 2022.

Selma L'Orange Seigo (Grüne, Zürich): Das Formelle kann ich ganz kurz machen: Die Rechnung wurde korrekt geführt und ist zu genehmigen, die Grünen werden das auch tun.

Jetzt noch ein paar politische Worte. Wir haben schon wieder ein Déjà-vu, zum siebten Mal schneidet die Rechnung viel, viel besser ab als budgetiert, plus 543 Millionen statt minus 523 Millionen Franken, das ist rund 1 Milliarde Fehlbudgetierung, das ist einfach zu viel. Jedes Mal werden die Einnahmen zu pessimistisch budgetiert. Es sind nämlich die Einnahmen, die das ausmachen – das wurde auch schon gesagt –, es sind die natürlichen Personen, die 964 Millionen Franken mehr Steuereinnahmen generiert haben im letzten Geschäftsjahr. Nein, Entschuldigung, insgesamt sind es so viel und ungefähr drei Viertel dieses Betrags stammt eben von natürlichen Personen. Und es ist wirklich nicht so, dass irgendwie scharenweise Menschen den Kanton verlassen, wie hier immer wieder kolportiert wird, weil die Steuerbelastung so hoch ist, im Gegenteil: Wir haben einen sehr attraktiven Kanton. Ich habe noch einmal nachgeschaut, wie die Dimensionen des Economics-Rankings aussehen, das erst gerade kürzlich herausgekommen ist, das ist kein sehr linker Verein (*BAK Economics, Schweizer Wirtschaftsforschungsinstitut*). Dort werden Gesundheitsversorgung, Sicherheit, Umweltverschmutzung, Klima, Kaufkraftindex bewertet, das sind Sachen, die einen Ort lebenswert machen, es sind nicht die Steuern.

Ein paar Worte zu den Unternehmen, die wegziehen, zwei Parteien haben das hier erwähnt, Statistik scheint nicht unbedingt ihre Stärke zu sein. Es sind in absoluten Zahlen 137 Unternehmen, die weggezogen sind, netto, aber der Kanton Zürich ist auch der grösste Kanton, wie Sie vielleicht wissen. Wir haben ungefähr 120'000 Unternehmen hier, 137 von 120'000, das ist ganz wenig mehr als 1 Promille. Und im relativen Ranking sieht das überhaupt nicht schlecht aus und es ist erstaunlich, dass sogar die Excel-Partei (*Heiterkeit, gemeint ist die GLP*) in diese Falle stolpert.

Warum stören sich die Grünen an einem positiven Rechnungsabschluss? Was haben wir gegen einen Überschuss? Wir haben überhaupt nichts gegen einen Überschuss. Das Problem ist eben, dass Jahr für Jahr, wie auch Hannah Pfalzgraf das gesagt hat, während der Budgetdebatte der finanzielle Handlungsspielraum gezielt kleingeredet wird. Es wird mit viel zu pessimistischen Zahlen budgetiert. Das gibt dann angeblich keinen Handlungsspielraum und nachher: «Überraschung, Überraschung!» Ich kann vielleicht nicht so schön singen wie Ronald Alder oder ich traue mich nicht, aber es heisst dann: «Oha, jetzt haben wir den Überschuss

und jetzt können wir Steuern senken.» Dabei gäbe es wirklich wichtige Handlungsfelder, wofür man das Geld einsetzen könnte, eben nicht für Steuersenkungen. Wir müssen Kaufkraftverlust abfedern, wir müssen in Klimaschutz investieren, wir müssen in den Erhalt der Biodiversität investieren. Und es geht eben um Investitionen und nicht um Ausgaben. Und die rechte Ratsseite spricht dann gern von linken Wunschzetteln, von «Nanny-State» oder – ich habe ein Zitat der SVP aus der Budgetdebatte für das Jahr 2022 – von der gängigen Anspruchshaltung, dass jede gewünschte Leistung für alle und jederzeit zur Verfügung stehen soll. Man kann natürlich seinen politischen Gegner einfach ins Lächerliche ziehen und so sich der ernsthaften politischen Debatte entziehen oder die Leute auch infantilisieren. Zum Beispiel hat Ruth Ackermann, als es um drei Stellen für die Fachstelle Klimaschutz ging, von Süssigkeiten gesprochen, die der Samichlaus an Kinder verteilte. Aber ich muss sagen, mit Ihrer selbstgefälligen Rhetorik haben Sie einfach den Ernst der Lage nicht erkannt, Sie haben irgendwie den Schuss nicht gehört. Es braucht dringend Investitionen in Klimaschutz. Es wurde gesagt, wir brauchen Investitionen in erneuerbare Energien. Wir müssen in den Heizungsersatz investieren, in den öffentlichen Verkehr, auch in ökologische Infrastruktur, um der Biodiversitätskrise etwas entgegenzusetzen. Ausgestorbene Tier- und Pflanzenarten kommen nicht zurück.

Wir haben übrigens nie gesagt, Klimaschutz sei gratis, sondern wir warnen seit Jahren – seit Jahrzehnten, könnte man sagen – davor, dass es nur immer teurer wird, wenn wir nichts tun, und jetzt müssen wir endlich handeln. Die Stimmbewölkerung steht auch hinter dem Klimaschutz, wir hatten die Abstimmung zum Energiegesetz mit 63 Prozent Ja-Stimmen, die Abstimmung zum Klimaschutz in der Verfassung 67 Prozent Ja-Stimmen, den Gegenvorschlag zur Kreislaufinitiative 89 Prozent Ja-Stimmen und erst gerade jetzt, am 18. Juni 2023, das Klimaschutzgesetz 62 Prozent Ja-Stimmen. Das heisst, wir haben die rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen und sie sind mit überdeutlichen Mehrheiten demokratisch legitimiert, und jetzt geht es ans Umsetzen und dafür müssen zusätzliche Mittel eingesetzt werden.

Farid Zeroual (Die Mitte, Adliswil): Die Geschichte der kantonalen Finanzplanung zeigt eine erstaunliche Tendenz zur Wiederholung. Auch das Jahresergebnis von 2022 des Kantons Zürich reiht sich ein in eine Reihe von positiven Abschlüssen. Trotz aller Unwägbarkeiten nach der Pandemie lässt sich erfreut feststellen, die Wirtschaft und die Beschäftigung im Kanton Zürich haben sich äusserst robust gezeigt. Wie bereits die Rechnung von 2016 bis 2021 hat auch die Rechnung 2022 mit einem bemerkenswert deutlichen Ertragsüberschuss geschlossen.

Die Mitte-Fraktion hat das ausserordentlich positive Jahresergebnis 2022 erfreut zur Kenntnis genommen. Es ist mit Genugtuung festzuhalten, dass der kantonale Haushalt trotz eines Jahres mit vielen Unsicherheiten und Herausforderungen weitgehend – ich sage «weitgehend» und komme noch darauf – stabil gehalten werden konnte. In verschiedenen Wortmeldungen wurde es schon ausgeführt: Gegenüber dem bereinigten Budget 2022 beträgt der Überschuss 1,066 Milliarden

Franken. Vor allem Sonder- und Einmaleffekte haben zum positiven Ergebnis geführt. Die zusätzlichen Ausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank, die höhere ZKB-Gewinnanteilausschüttung und deutlich höhere Steuereinnahmen bei natürlichen und juristischen Personen haben zu markanten Mehrerträgen geführt. Entgegen der ursprünglichen Prognose sind die Steuereinnahmen der Unternehmen trotz Pandemie und Steuerreform und AHV-Finanzierung STAF angestiegen. Erneut bestätigt sich, dass die im Dezember 2021 beschlossene Senkung des Steuerfusses auf 99 Prozent keinesfalls unangemessen war. Die deutlich höheren Steuererträge zeigen zwei wichtige Aspekte: zum einen, wie schnell die wirtschaftliche Erholung im Jahr nach der Pandemie stattgefunden hat; dies unterstreichen auch die weiterhin erfreulich tiefen Arbeitslosenzahlen im Kanton Zürich. Zweitens zeigt dies erneut, dass die Steuereinnahmen immer noch sehr defensiv und zurückhaltend budgetiert werden. Der Kanton Zürich steht hier zwar nicht allein, auch auf Bundesebene und in vielen Gemeinden wurden die Einnahmen zu pessimistisch eingeschätzt. Die Aufforderung, die Genauigkeit der Prognose zu verbessern, wurde jedoch verfehlt. Dies beeinträchtigt die Arbeit des Parlaments, um in künftigen Beratungen die finanzpolitischen Entwicklungen genauer abschätzen und Entscheidungen informierter treffen zu können.

Die Ausgaben für Investitionen waren mit einem Volumen von netto rund sie 971 Millionen Franken deutlich unter dem Niveau der Vorjahre. Dies führte trotz vieler Investitionen in der Rechnung 2022 zu einem hohen Selbstfinanzierungsgrad von 132 Prozent. Die Mitte-Fraktion bewertet es als erfreulich positiv, dass dadurch die Verschuldung des Kantons weiter reduziert werden konnte; dies ohne die wichtigen und nutzbringenden Erweiterungen und Modernisierungen der Infrastruktur und zugunsten der Digitalisierung von Dienstleistungen zu gefährden oder aufzuschieben. Vor allem im Bereich Bildung sind Investitionen zwingend. Der reduzierte Zugang zum europäischen Forschungsprogramm Horizon muss durch eigene Initiativen abgedeckt werden.

Dass das Jahr 2022 mit einem rekordtiefen Nettoverschuldungsquotient von 49,4 Prozent abschliesst und die Nettoschuld pro Einwohner um 2459 Franken gesunken ist, wird erfreut zur Kenntnis genommen. Dies ist im Hinblick auf die aktuell unübersichtliche und herausfordernde geopolitische Situation eine solide Ausgangslage. Denn nur ein robuster und umsichtig geführter Haushalt erlaubt es in Zeiten des Umbruchs, schnell und, wo zwingend erforderlich, angemessen zu reagieren – dies eine Lehre auch aus der letzten Legislatur –, sei dies bei der Unterstützung von Flüchtlingen oder um weiterhin erforderliche Massnahmen für Vorkehrungen und die Sicherstellung der Energieenergieversorgung zu gewährleisten.

Ein interessantes und kaum beachtetes Detail in diesem Zusammenhang findet sich im Finanzbericht im Kapitel 51, Eventualverpflichtungen. Für das Jahr 2022 wird dort der mögliche Darlehensverlust im Zusammenhang mit dem 4-Milliarden-Kreditrahmen des Bundes für die AXPO (*Schweizer Energiekonzern*) mit sage und schreibe 405 Millionen Franken aufgeführt. Solche Risiken im kantonalen Haushalt dürfen nicht einfach plötzlich und unerwartet in der Bilanz des Kantons auftauchen. Die Beteiligungsübersicht des Kantons muss im Hinblick auf

potenzielle Risiken verfeinert und aussagekräftige gestaltet werden. Dazu haben die Fraktionen der FDP, SVP und der Mitte bereits geeignete Vorstösse eingereicht. Trotz dieser Risiken, die tiefe Nettoverschuldung ist ein eindrücklicher Beleg, warum der Kanton Zürich weiterhin sein Triple-A verdient.

Der Kanton Zürich wird weiterhin stark gefordert sein, umsichtig und haushälterisch mit den Steuergeldern umzugehen. Neue Krisen und Bedrohungen sind an die Stelle von Corona getreten und neue Herausforderungen und Risiken fordern den Regierungsrat, das Parlament und den gesamten Kanton. An die Adresse der anderen Fraktionssprecherinnen und -sprecher, die heute bereits ihren Wunschzettel für die Budgetberatung im Advent verlesen haben, sei festgehalten: Es gilt weiterhin eine finanziell stabile Fluglage zu halten, erforderliche Investitionen sorgfältig zu prüfen und das Stellenwachstum zu bremsen. Ausserordentliche Stellenerhöhungen, wie die im Mai dieses Jahres beschlossene Aufstockung für das Gefängnis Zürich West, sind unliebsame Überraschungen und sind zukünftig mit einer sorgfältigen Planung und Budgetierung zu vermeiden.

Ich danke an dieser Stelle allen Beteiligten, die ihren Teil zu diesem Ergebnis beigetragen haben, kostenbewusst Entscheidungen getroffen und Massnahmen zur Erreichung der gesetzten Ziele erfolgreich umgesetzt haben. Die Mitte Fraktion stimmt der Rechnung wie auch den Anträgen zu Gewinnverwendung und Rücklagen zu.

Anne-Claude Hensch Frei (AL, Zürich): Gerne äussere ich mich seitens der AL zur Rechnung, wir sind ja nicht in der FIKO vertreten. Sehen wir die Rechnung genauer an, dann fällt vor allem eines auf: Die Steuereinnahmen sprudeln und haben auch 2022 die budgetierten Erwartungen deutlich übertroffen. Bei den natürlichen Personen haben wir 745 Millionen Franken – das war die Zahl, die vorhin Selma L'Orange Seigo suchte – mehr eingenommen. Die Einwohnerinnen und Einwohner zahlen also den Hauptharst der Steuereinnahmen und nicht etwa die Unternehmungen, wie man immer meinen könnte, wenn man den Bürgerlichen zuhört. Das Gesamtmehr an realisierten Steuereinnahmen gegenüber dem Budget ist daher zu einem grossen Teil dafür verantwortlich, dass das Rechnungsergebnis fast 1,1 Milliarden Franken besser ausfällt. Es ist dies nun das siebte Jahr in Folge, dass der Kanton einen deutlichen Überschuss erwirtschaftet. Es wird Sie alle nicht verwundern, dass ich nun ins selbe Horn wie die SP und die Grünen blase und diese Praxis anprangere. Wir befinden uns in einem mittlerweile zur Tradition gewordenen Ablauf: Zuerst wird beim Budget kräftig schwarzgemalt und damit der politische Manövrierraum beziehungsweise, wie es vorhin gesagt wurde, die Begehrlichkeiten der Linken möglichst kleingehalten. Anstatt die in gewissen Bereichen längst anstehenden Probleme anzugehen, wird stattdessen meistens das wirtschaftliche Hohelied der Steuersenkungen angestimmt. Der neoliberale Trugschluss ist dabei: Wenn Unternehmungen weniger Steuern zahlen müssen, dann geht es uns allen besser. Das ist aber mitnichten so. Wir haben es vorhin ebenfalls von Selma L'Orange Seigo gehört: Der Kanton brummt, wir haben so viele Unternehmungen hier. Der Standort ist attraktiv, wir müssen die Attraktivität nicht noch weiter fördern, es läuft sowieso.

Es geht nun, wenn es um die Rechnung und um die Finanzen geht, letztlich um eine gerechte Verteilung der Finanzen zugunsten aller, auch zum Beispiel von Geflüchteten, die im Kanton wohnen und für die der Kanton Aufgaben erbringt. Und dann geht es auch darum, rechtzeitig zu investieren, damit sich der Kanton auf heranziehende Herausforderungen, wie zum Beispiel den Klimawandel, wappnen kann. Da der Kanton anscheinend fast zum Erfolg verdammt ist, so wie die Steuern seit einiger Zeit sprudeln, und wir im internationalen Bereich auch schon sehr günstig besteuert werden, findet auch die AL, dass der Kanton Zürich mehr investieren könnte. Denn auch wenn es gerade super läuft und niemand mehr die Worte «Corona» und «Pandemie» hören kann, die richtigen Verwerfungen werden erst jetzt so richtig spürbar. Die Pandemie hat die Schere zwischen Arm und Reich weiter aufgehen lassen. Der neueste Bericht der Caritas (*Schweizer Hilfswerk*) hat zum Beispiel aufgezeigt, wie viele Menschen in der Schweiz von Armut bedroht sind. Die Zahlen sind gestiegen und all die Umstände, die auch einer ganz normalen Mittelstandsfamilie Probleme bereiten, zum Beispiel Krankenkassenprämien, steigende Mieten und Energiekosten und ganz allgemein die Teuerung, drängen mehr und mehr Tieferverdienende in die Armut. Und selbst der Finanzdirektor weiss, dass für diese Menschen, also auch bereits die Mittelstandsfamilien, die Steuern die geringsten Ausgaben sind. So hat er sich jedenfalls letzten September in der NZZ geäussert. Hier haben wir Handlungsbedarf. Mit nur 500 Franken mehr im Monat – wurde von der Caritas errechnet – könnten diese Menschen, die jetzt am Schwimmen sind mit all den Ausgaben, die sie haben, sich über Wasser halten und würden nicht krank vor Sorge, weil ihnen das Geld nicht mehr reicht. Das Thema «Kaufkraftverlust» wird uns also noch eine ganze Weile begleiten. Daher wünschen wir uns eine Regierung, die nicht nur an die Wirtschaft, sondern auch an die Leute mit kleinem Portemonnaie denkt und hier vorausschauend handelt. Seien es nun Kitas, sei es Klimaschutz, es gibt so viel zu tun. Wir brauchen eine Regierung, die sich bewusst ist, dass der soziale Sprengstoff, der in der Kombination des Kaufkraftverlusts und des knapper und teurer werdenden Wohnraumangebots liegt, auch bei uns im Kanton Zürich einmal explodieren könnte. Hier haben wir ganz grossen Handlungsbedarf. Ich bedanke mich bei allen Personen im Kanton, die durch ihre Arbeit mit dazu beigetragen haben, dass wir so gut dastehen. Die AL wird dem Antrag der FIKO folgen und die Rechnung und sowie die weiteren Anträge ebenfalls genehmigen. Besten Dank.

Karl Heinz Meyer (SVP, Neerach) spricht zum zweiten Mal: Ich erlaube mir kurz Replik zu nehmen: Es ist schon fast erschreckend, mit welcher Selbstverständlichkeit Sie davon ausgehen, dass die Steuereinnahmen auch in Zukunft so fließen werden, damit Sie ihre rotgrünen Fantasien finanzieren können (*Heiterkeit*). Ja, es ist so. Ich habe Ihnen einen Vorschlag: Wenn Sie so gegen dieses positive Rechnungsergebnis sind, dann stimmen Sie der Steuersenkung zu. Dann müssen Sie sich bei der nächsten Rechnung vielleicht nicht mehr rot und grün ärgern, wenn kein Plus mehr da ist. Und die Unternehmen – das ist halt so – wandern

nicht ab wegen den Krankenkassenprämien, und das haben vor allem Sie zu verantworten, dass wir dieses Chaos haben (*Unmutsäusserungen auf der linken Ratsseite*). Ja, es ist so, wir waren die Einzigen, die dagegen waren, das wissen Sie ganz genau. Und es ist eben nicht so, dass erst im letzten Jahr Unternehmen abgewandert sind, sondern bereits 2021 sind über 300 Unternehmungen aus dem Kanton abgewandert. Besten Dank.

Regierungsrat Ernst Stocker: Ich wollte eigentlich nichts sagen, aber ich habe es mir anders überlegt.

Der Regierungspräsident hat es vorhin gesagt: In der letzten Legislatur, über deren Berichte Sie jetzt debattieren und sich meines Erachtens – entschuldigen Sie – teilweise mit Details aufhalten, ist viel passiert. Das Budget für die Rechnung 2022 wurde im Frühling 2021 erstellt und dann im Laufe von 2021 aktualisiert. Wissen Sie noch, über was dieser Rat zu jener Zeit diskutiert hat, wenn er überhaupt getagt hat? Wissen Sie das noch? Zum Glück vergessen wir ja gerne. Alle haben gesagt: Seid ihr seitens der Regierung verrückt geworden mit diesem Budgetzahlen? Es wird viel schlimmer kommen, viel, viel schlimmer. Wir waren noch die Optimisten. Und jetzt muss ich Ihnen sagen: Ich freue mich, dass wir sieben Jahre lang in diesem Kanton so gut gelebt haben, dass wir Überschüsse produzieren konnten. Und es ist nicht von uns, es ist die ausgezeichnete Wirtschaftslage, die dieser Kanton, die unser Land hat. Ob das bleiben wird? Ich wünsche mir nichts sehnlicher. Aber Sie wissen es, jeder, der die Wirtschaft etwas verfolgt, weiss es: Die Zinsen steigen, die Märkte sind verunsichert. Wir haben Krieg. Die Amerikaner und die Chinesen raufen miteinander. Wer glaubt, der Geldsegen falle immer über uns, dem lasse ich den Glauben. Aber ich bin mir nicht ganz so sicher. Der Bund – ich habe praktisch jede Woche Kontakt mit dem Bund und der Finanzministerin (*Bundesrätin Karin Keller-Sutter*) –, der Bund schwamm im Geld in den letzten Jahren. Jetzt hat er 4 Milliarden Franken Defizit. Man versucht überall, vom Kanton Geld zu erhalten. Und ich muss Ihnen einfach auch sagen: Sie sagen, wir hätten gespart. Von dieser Milliarde, die wir vorwärts gemacht haben, wurden 700 Millionen investiert und 300 Millionen in den Schuldenabbau gebracht. Wenn wir diesen Milliarden-Überschuss nicht gemacht hätten, dann hätten wir jetzt 700 Millionen mehr Schulden, das bei 2 Prozent Zins. Also das vergisst man anscheinend, man blendet das aus: Diese Milliarde, die ist ja schon lange verschwunden, die ist schon verbaut. Martin (*gemeint ist der Baudirektor, Regierungsrat Martin Neukom*) hat sie verbaut (*Heiterkeit*). Das ist auch richtig so, Sie fordern das ja von uns, unsere Gebäude, unsere Infrastruktur, unsere Strassen, den öffentlichen Verkehr, das PJZ, das haben wir alles gebaut. Das alles auch klimagerecht, das wollen Sie ja auch, so habe ich bis jetzt gedacht, das haben wir auch gemacht. Und darum bin ich froh, dass wir uns das auch leisten konnten. Und deshalb freue ich mich, wenn es weiter so geht. Und eines möchte ich auch noch sagen: Glauben Sie wirklich, dass es, wenn der Kanton schlechtere Ergebnisse schreiben würde, den Menschen, die es notwendig haben in diesem Kanton, bessergehen würde? Also das verstehe ich jetzt wirklich nicht, wirklich nicht! Der

Kanton macht mit den Städten und Gemeinden zusammen eine gute, ausgewogene Sozialpolitik. Wir machen ja alle Jahre mehr. Und das können wir uns leisten, solange es uns gut geht, und dazu stehen wir auch, das wollen wir auch. Wir wollen unsere Netze spannen, wir verfeinern sie ja immer. Aber glauben Sie wirklich, dass dann, wenn es wirtschaftlich schlechter geht, diese Netze stärker und besser werden? Ich nicht, und darum wünsche ich mir, dass es wirtschaftlich gut geht, dass wir diesen Haushalt in Ordnung halten können. Und ich freue mich mit Ihnen nach den wohlverdienten Sommerferien dann in eine intensive Budgetberatung einzusteigen, denn einige Wolken gibt es am Himmel. Ich möchte lieber, dass sie Regen bringen (*Anspielung auf die herrschende Trockenperiode*) anstatt unser Budget zu beanspruchen. Aber das werden wir dann nach den Sommerferien beraten. Besten Dank, wenn Sie dem Finanzbericht zustimmen. Danke.

Detailberatung

Titel und Ingress

I.

Teil I: Regierungsrat

Öffentliche Sicherheit

Bildung

Kultur

Sport

Gesundheit

Gesellschaft und soziale Sicherheit

Verkehr

Umwelt und Raumordnung

Volkswirtschaft

Finanzen und Steuern

Allgemeine Verwaltung

Massnahmen zur Bekämpfung der Corona-Krise

Finanzen im Überblick

Ressourcen

Bedeutende Beteiligungen

Allgemeiner Geschäftsgang

Rechtsetzung

Finanzvorlagen

Volksabstimmungen

Teil II: Direktionen und Staatskanzlei

Staatskanzlei

Direktion der Justiz und des Innern

Sicherheitsdirektion

Finanzdirektion

Volkswirtschaftsdirektion

Gesundheitsdirektion

Bildungsdirektion

Baudirektion

Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat

Anhang

Teil III: Finanzbericht

Konsolidierte Rechnung

Jahresrechnung

Beilagen zur Konsolidierten Rechnung

Beteiligungsbericht

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Abstimmung über Ziffer I

Der Kantonsrat beschliesst mit 168 : 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), Ziffer I zuzustimmen und somit den Geschäftsbericht des Regierungsrates 2022 zu genehmigen.

Abstimmung über Ziffer II

Der Kantonsrat beschliesst mit 168 : 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), Ziffer II zuzustimmen und somit die Zuweisung zu den Reserven im Rahmen der Gewinnverteilung der selbstständigen Anstalten für das Jahr 2022 zu genehmigen.

Abstimmung über Ziffer III

Der Kantonsrat beschliesst mit 169 : 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), Ziffer III zuzustimmen und somit die Verlustdeckung der selbstständigen Anstalten für das Jahr 2022 zu genehmigen.

Abstimmung über Ziffer IV

Der Kantonsrat beschliesst mit 170 : 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), Ziffer IV zuzustimmen und somit die Bildung von Rücklagen zu genehmigen.

V.–VII.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Ich danke der Regierung für das vollzählige Erscheinen und wünsche denjenigen, die heute kein Geschäft mehr im Rat haben, eine schöne Sommerpause.